



POLIZEI MACHTLOS

Landshut: Hunderte Migranten grillen im Naherholungsgebiet

Das Naherholungsgebiet Gretlmühle bei Landshut ist eine mit einem malerischen Badeweiher bestückte Naturoase, wie man sie sich kaum schöner erträumen könnte. Hier finden die Bürger vor den Toren Landshuts Ruhe und Erholung und können die Akkus von Leib und Seele wieder aufladen.

Es ist dem langjährigen Engagement von alteingessenen Landshuter Bürgern und engagierten Kommunalpolitikern zu verdanken, dass die Hauptstadt des Regierungsbezirkes Niederbayern ein kleines Stückchen vom Paradies sein Eigen nennen kann und die Bürger aus der Region diese Idylle quasi vor der Haustüre haben. Neben dem Badevergnügen ist dort auch das Grillen in einem dafür vorgesehenen Bereich möglich.

Am 4. Mai überraschte die Landshuter Zeitung (LZ) ihre Leser mit der Schlagzeile „Grill – Chaos in Gretlmühle“. Was war geschehen? Am Maifeiertag wurden die Anwohner des Geländes durch eine starke Rauchentwicklung aufgeschreckt.

Wie sich herausstellte, hatten sich hunderte Menschen (Berichterstattung LZ) zu einem Massengrillen eingefunden. Da der ausgewiesene Bereich des Geländes für die hohe Zahl von

Grillwütigen nicht ausreichte, breiteten sie sich auf der angrenzenden Liegewiese und sogar noch auf dem Parkplatz aus.

Wie der Berichterstattung der LZ zu entnehmen ist, bestand aufgrund der anhaltenden Trockenheit sogar Brandgefahr, da in unmittelbarer Nähe von Büschen und Sträuchern gegrillt wurde. Zudem stellt das Grillen außerhalb der ausgewiesenen Fläche einen Verstoß gegen die Satzung der Stadt Landshut vom 18.12.2017 für das Naherholungsgebiet Gretlmühle dar:

§14 Ahndung von Zuwiderhandlungen

Ordnungswidrig handelt, wer (...) außerhalb der dafür eigens ausgewiesenen Fläche grillt. Ordnungswidrigkeiten werden gemäß Art. 24 Abs. 2 Satz 2 der Gemeindeordnung mit Geldbuße bis zu 2.500 € geahndet.

Wie die (LZ) weiter berichtet, konnte die hinzugezogene Polizeistreife aufgrund der großen Anzahl der „Wildgriller“ und der Tatsache, dass nur eine Ordnungswidrigkeit vorlag, nichts ausrichten. Das nächste Problem war die Hinterlassenschaft der Problemgäste: Während es selbst in der Hochsaison drei Wochen dauert, bis der Müllcontainer voll ist, schafften es diese Leute an einem Tag, beklagt die Pächterin des dortigen Kiosks, die als „gute Fee“ des Geländes gilt, im Interview mit der Landshuter Zeitung. (*Anmerkung PI-News: Selbstverständlich wurde der Müll nicht von den „Gästen“ weggeräumt, sondern von Arbeitern der Stadt Landshut.*) „Das macht das Gelände irgendwann nicht mehr mit“ befürchtet die Pächterin, die auch die Aufsicht über das Naherholungsgebiet hat. Gegenüber der LZ gab sie zu bedenken, dass man die Angelegenheit nicht mehr eindämmen könne, würde man nicht sofort etwas dagegen unternehmen. „Wenn das zur Regel wird, ist diese Naturoase irgendwann Geschichte“.

Was nicht in der Landshuter Zeitung stand

Was in dem Artikel allerdings nicht erwähnt wurde, ist die

polizeiliche Gegenüber meist einsetzt. Gute Beispiele hierfür sind die no-go-areas und die [Vorfälle in Ellwangen](#).

Und wie reagiert die Politik darauf? In dem sie noch mehr Zuwanderer ins Land läßt.

Unmut vieler Badegäste über die einkehrenden Verhältnisse

An dieser Stelle sei erwähnt, dass bei den Badegästen zunehmend Unmut über die Verhältnisse herrscht, die sich im Naherholungsgebiet allmählich einschleichen. Im regulären Grillbereich finden sich immer weniger indigene Deutsche, weil der Platz mehr und mehr von Mitbürgern mit Migrationshintergrund in Beschlag genommen wird. Dieser Trend, so war zu erfahren, hat schon vor drei oder vier Jahren begonnen und dem Gelände mittlerweile den Spitznamen „Balkangrill“ eingebracht. Es scheint, als würden sich die alteingesessenen Landshuter inmitten der Überzahl von Neubürgern nicht wohl fühlen und deshalb lieber auf das Grillvergnügen verzichten. Auch stößt den Badegästen sauer auf, dass einige Muslime neuerdings bekleidet ins Wasser gehen.



So malerisch sieht es normalerweise im Naherholungsgebiet Gretlmühle aus.

Die Angst der Menschen, die Wahrheit auszusprechen, sitzt tief

Eines ist jedoch besonders erschreckend: Die Leute waren froh, ihrem Unmut Luft machen zu können und über die Zustände zu berichten. Aber ohne Ausnahme bat jeder darum, seinen Namen nicht zu veröffentlichen, aus Angst vor Konsequenzen unterschiedlicher Natur. Und diese Angst sitzt tief und wie wir alle wissen, ist sie nicht unbegründet. Es ist eine Schande, welches Meinungsklima mittlerweile in Deutschland herrscht. Die Bürger, die ihr Herz ausschütteten, baten beinahe bei jedem zweiten Satz um Vertraulichkeit. Vor dem Autor saßen Menschen mit tief sitzender Angst, voller unterdrückter Wut und Hilflosigkeit.

0-Ton eines Informationsgebers: „Es ist auch so schon schlimm genug hier in Deutschland, da muss ich nicht noch wirtschaftlich ruiniert werden.“

Wahrlich, die Eliten in den Medien und der Politik können

stolz auf sich sein. Das in Deutschland vorherrschende Meinungsklima wird bald das Niveau der Ex-DDR erreicht haben. Die Quittung werden die etablierten Parteien bei der kommenden Landtagswahl in Bayern erhalten. Die Gesprächspartner des Autors sahen unisono in der AfD die Möglichkeit, es jenen, die für diese Situation verantwortlich sind, risikolos an der Wahlurne „heimzuzahlen“. Da wird es wohl mit Söders absoluter Mehrheit nichts werden...

Eine Randnotiz zur kommunalen Satzung in Landshut: Zweierlei Recht

Im Sommer 2017 wurde ein Landshuter Rentner von der Sicherheitswacht dabei angetroffen, wie er aufgrund einer vorübergehenden Gehbehinderung nicht wie sonst mit dem Fahrrad, sondern mit einem kleinen Motorroller etwa 50 Meter zu einer Parkbank im Stadtpark gefahren war, um dort zu sitzen und ein Buch zu lesen. Das Befahren des Stadtparks mit einem Kraftfahrzeug stellt einen Verstoß gegen die Satzung der Stadt Landshut dar.

In Anwesenheit der beiden Sicherheitskräfte musste der Rentner 45 Minuten auf das Eintreffen einer Polizeistreife warten, die dann seine Personalien aufnahm und diese wegen eines Verstoßes gegen die den Stadtpark betreffende Satzung zuständigkeitshalber an die Stadt Landshut weiterleitete. Diese verhängte ein Verwarnungsgeld gegen den Renter.

Fazit: Der Rentner musste bezahlen, weil er Deutscher war, dieser Sprache auch mächtig ist und weil er nicht den „Herdenschutz“ der Wildgriller mit Migrationshintergrund genoß, deren ordnungswidriges Verhalten ohne weiteres zu einem Waldbrand hätte führen können. Diese wurden aufgrund der bereits erläuterten Gründe nicht belangt. Da ist es leichter, einen einzelnen deutschen Rentner zu bestrafen.

Stadt Landshut verhängt bis auf weiteres ein absolutes Grillverbot

Als Reaktion auf den Vorfall hat die Stadt Landshut bis auf weiteres ein absolutes Grillverbot verhängt. Inwieweit das befolgt und verfolgt wird, bleibt abzuwarten. Wie der Folgeberichterstattung der LZ am 10. Mai zu entnehmen ist, macht man sich in der Landshuter Kommunalpolitik nun ernsthafte Sorgen um die Attraktivität des Naherholungsgebietes. In dem Bericht wird erneut auf den 1. Mai Bezug genommen und von „unerwünschten Begleiterscheinungen eines regelrechten Ansturms auf das Grillareal“, sowie von „Mißständen“ gesprochen. Aber auch hier kein Sterbenswörtchen darüber, dass es sich bei den „unerwünschten Begleiterscheinungen“ in Wahrheit um „unerwünschte Nebenwirkungen“ der deutschen und europäischen Zuwanderungspolitik handelt. Wie sagte doch der Politologe Yascha Mounk von der Harvard University in den [Tagesthemen](#) am 20.02.2018, ab Minute 26:25):

»...dass wir hier ein historisch einzigartiges Experiment wagen, und zwar eine monoethnische, monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln. Das kann klappen. Es wird, glaube ich, auch klappen. Aber dabei kommt es natürlich auch zu vielen Verwerfungen.«

Da haben wir sie schon, die Verwerfungen. Und das mit dem „klappen“ ist auch so eine Sache. Was aus einem Naherholungsgebiet werden kann, wenn sich Auswüchse wie in der Gretlmühle erst einmal etabliert haben, [zeigen dieser Beitrag](#) und dieses Video der Donauinsel Wien: